OeNB Report 2026/17
28 Seiten

Krieg im Nahen und Mittleren Osten führt zu deutlich erhöhter Inflation

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2026 bis 2028 vom Juni 2026

Die österreichische Wirtschaft hat zum Start ins Jahr 2026 positiv überrascht. Der Konflikt im Nahen und Mittleren Osten hat jedoch seit März die Inflation sprunghaft ansteigen lassen und dürfte die realwirtschaftliche Entwicklung zur Jahresmitte deutlich dämpfen. In Summe erwartet die OeNB, dass die österreichische Volkswirtschaft 2026 um 0,6 % und in den beiden Folgejahren um jeweils mehr als 1 % wachsen wird. Die Inflation steigt 2026 auf 3,2 % und dürfte erst ab dem zweiten Quartal 2027 spürbar sinken. Trotz beträchtlicher Konsolidierungsmaßnahmen erwartet die OeNB, dass das Budgetdefizit bis 2028 nur auf 3,8 % des nominellen BIP zurückgeht.

Autor:innen

Gerhard Fenz, Friedrich Fritzer, Bernhard Graf, Eva-Maria Mooslechner, Lukas Reiss, Alfred Stiglbauer, Klaus Vondra.
Unter Mitarbeit von Beate Resch.
Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Konjunktur
konjunktur@oenb.at

Veröffentlichung

12. Juni 2026

BIP-Prognose gegenüber März fast unverändert

Die österreichische Wirtschaft ist 2025 stärker gewachsen als noch im März 2026 bisher offiziell ausgewiesen und startet somit besser ins Jahr 2026. Gleichzeitig dämpfen die höheren Energiepreise den privaten Konsum und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. In Summe passt die OeNB ihre Prognose gegenüber März geringfügig an.

Die Inflationsprognose wird auf über 3 % revidiert

Der Krieg im Nahen und Mittleren Osten hat zu einem starken Anstieg der Energiepreise, speziell von Rohöl, geführt. Dieser Anstieg wirkt sehr schnell auf die Treibstoffpreise und erhöht die Inflation. Die OeNB erwartet jedoch im weiteren Jahresverlauf sinkende Ölpreise. Die Inflation sollte somit bis Jahresende erhöht bleiben und ab dem zweiten Quartal 2027 sinken.

Budgetdefizit verbessert sich trotz beträchtlicher Konsolidierung nur geringfügig

Die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen dämpfen zwar das Budgetdefizit, gleichzeitig wirken das makroökonomische Umfeld, steigende Zinsausgaben und die demografische Entwicklung den Bemühungen entgegen. Das Budgetdefizit dürfte daher nur auf 3,8 % des nominellen BIP zurückgehen.

Die österreichische Wirtschaft ist 2025 stärker gewachsen als bisher offiziell ausgewiesen und auch der Start ins Jahr 2026 hat positiv überrascht. Diese positive Konjunkturdynamik wird jedoch durch den Krieg im Nahen und Mittleren Osten (in weiterer Folge kurz: „Nahost-Krieg“) unterbrochen. Die stärksten negativen Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft gehen dabei von den gestiegenen Rohölpreisen aus. Der Prognose liegen entsprechend der Vorgaben innerhalb des Eurosystems die Markterwartungen für die weitere Entwicklung der Ölpreise zugrunde. Aktuell gehen die Marktteilnehmer von einem baldigen Ende des Kriegs und rasch sinkenden Ölpreisen im weiteren Jahresverlauf aus. Gegenüber der jüngsten März-Prognose mussten die Ölpreisannahmen für 2026 dennoch nochmals um 15 USD pro Barrel angehoben worden. Trotz der weiter gestiegenen Rohölpreise hebt die OeNB ihre Konjunkturprognose für 2026 geringfügig an. Aufgrund der dynamischeren Entwicklung 2025 und Anfang 2026 erwartet die OeNB nun für 2026 ein Wirtschaftswachstum von 0,6 % – um 0,1 Prozentpunkt höher als noch im März. In den beiden Folgejahren sollte sich das BIP-Wachstum im Einklang mit wieder normalisierten Rohstoffpreisen auf knapp über 1 % beschleunigen. Der vorliegenden Prognose liegen die verfügbaren Daten bis inklusive 21. Mai 2026 zugrunde.

Tabelle 1

Hauptergebnisse der Juni-Prognose für Österreich und drei Alternativszenarien

			Juni 2026: Prognose und Szenarien			
		März 2026	**Juni 2026**	Szenario „mild“	Szenario „adverse“	Szenario „severe“
Reales BIP	2026	0,5	**0,6**	0,7	0,5	0,3
	2027	1,0	**1,1**	1,3	0,7	0,0
	2028	1,1	**1,2**	1,4	1,1	1,0
HVPI-Inflation	2026	2,7	**3,2**	3,0	3,5	4,2
	2027	2,3	**2,4**	1,8	3,2	5,4
	2028	2,1	**2,1**	1,9	2,4	3,0
Budgetsaldo (in % des BIP)	2026	-	**-4,1**	-4,1	-4,2	-4,3
	2027	-	**-3,9**	-3,8	-4,2	-4,6
	2028	-	**-3,8**	-3,6	-4,2	-4,9

Quelle: OeNB.

Der österreichische Arbeitsmarkt dürfte die Konjunkturdelle 2026 gut abfedern. Die OeNB erwartet für 2026 eine Arbeitslosenquote laut AMS von 7,4 % – unverändert gegenüber dem Vorjahr. 2027 und 2028 sollten die Arbeitslosenquoten jeweils um 0,2 Prozentpunkte zurückgehen. In der laufenden Lohnrunde – beginnend mit den Lohnabschlüssen seit Herbst 2025 – kommt es mehrheitlich zu Abschlüssen unterhalb der Inflationsrate. Dies trägt dazu bei, dass sich die relative Lohnstückkostenposition gegenüber dem Euroraum nicht weiter verschlechtern dürfte und Zweitrundeneffekte bei der Inflation gedämpft werden könnten.

Hinsichtlich der Inflation geht die OeNB davon aus, dass die HVPI-Inflation infolge des Energiepreisschocks im Jahr 2026 auf 3,2 % ansteigt, bevor sie 2027 auf 2,4 % und 2028 auf 2,1 % zurückgeht. Obwohl die Markterwartungen von einer raschen Abschwächung der Energiepreise ausgehen, dürfte sich die Teuerung bei Nahrungsmitteln und Industriegütern ohne Energie beschleunigen und aufgrund von indirekten Effekten über den gesamten Prognosehorizont ansteigen. Im Dienstleistungssektor, der mit 4 % neben Energie die höchste Inflationsrate aufweist, wird hingegen infolge des nachlassenden Lohnwachstums ein moderater Rückgang der Inflation erwartet. Gegenüber der Prognose vom März 2026 wurde die HVPI-Inflation für 2026 deutlich um 0,5 Prozentpunkte sowie für 2027 und 2028 um jeweils 0,1 Prozentpunkt nach oben revidiert.

Trotz eines erheblichen Netto-Konsolidierungsvolumens (Konsolidierung abzüglich expansiver Maßnahmen) von 0,6 % dürfte sich der Budgetsaldo 2026 nur minimal um 0,1 Prozentpunkt auf -4,1 % verbessern. Eine stärkere Verbesserung wird vor allem durch erhöhte Zinsausgaben, höhere EU-Beiträge sowie die erhöhten Ausgaben aufgrund der demografischen Entwicklung konterkariert. In den Jahren 2027 und 2028 beträgt das Netto-Konsolidierungsvolumen kumuliert 1,4 % des BIP. Trotzdem dürfte der Budgetsaldo 2028 noch immer bei nur -3,8 % des BIP liegen. Zudem steigt aufgrund der weiterhin hohen Budgetdefizite die staatliche Schuldenquote bis 2028 auf 86,4 % des BIP.

Angesichts der Unsicherheit hinsichtlich der geopolitischen Entwicklungen und möglicher Angebotsverknappungen sind die Preiserwartungen von einer sehr hohen Volatilität gekennzeichnet. Um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen, hat die OeNB – wie auch die EZB – zusätzlich zur Prognose drei Szenarien berechnet: „mild“, „adverse“ und „severe“ (Näheres dazu siehe Kasten 1). Dahinter stehen unterschiedliche Rohstoffpreisannahmen, Erwartungen für die Finanzmarktentwicklung und mögliche Zweitrundeneffekte. Im Falle des Szenarios „severe“ würde die heimische Wirtschaft 2027 stagnieren und die Inflation auf über 5 % steigen. Im Szenario „mild“ würde das Wachstum auf knapp 1,5 % steigen und die Inflation unter 2 % fallen. Für das Budgetdefizit bleibt auch im Szenario „mild“ die 3-%-Marke 2028 aus derzeitiger Sicht nicht realistisch, im Szenario „severe“ steigt der negative Budgetsaldo bis 2028 auf knapp 5 %.

Neben höheren Ölpreisen stellen stärkere Zweitrundeneffekte und mögliche Lieferengpässe wichtige Abwärtsrisiken für den Konjunkturausblick und Aufwärtsrisiken für die Inflationsprognose dar. Auch die weitere Entwicklung im Ukrainekrieg, Zollkonflikte, geopolitische Spannungen sowie mögliche abrupte Korrekturen an den Finanzmärkten bleiben wichtige Unsicherheitsfaktoren. Im Inland stellen höhere Importpreise durch die globalen Auswirkungen des Krieges, ein stärkerer Lagerabbau, zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen oder die Zurückhaltung bei Investitionen aufgrund erhöhter Unsicherheit weitere Abwärtsrisiken dar. Andererseits könnten ein stärkerer Rückgang der Sparquote, strukturelle Verbesserungen, eine schnellere Wirkung einer breiten Implementierung von künstlicher Intelligenz zusätzliche Konjunkturimpulse bringen.

Kasten 1

Nahost-Krieg als zentrales Risiko der Juni-Prognose der OeNB

Die Straße von Hormus zählt zu den wichtigsten Handelsrouten im Welthandel. Vor Kriegsausbruch wurden rund 20 %–25 % der global benötigten Öl- und Gasmengen durch diese Meeresenge verschifft. Auch bei anderen Rohstoffen wie Ammoniak (zentral für die Düngemittelproduktion) oder Helium (zentral im Produktionsprozess für Halbleiter) lag der Anteil bei über 25 %. Vor allem asiatische Länder sind bereits von Lieferengpässen betroffen, die Auswirkungen in Europa und Österreich ergeben sich bisher überwiegend durch gestiegene Weltmarktpreise diverser Rohstoffe.

Die unmittelbar stärksten Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung geht von den Rohölpreisen aus. Deren Anstieg führte bereits im März 2026 zu einem Anstieg der Treibstoffpreise. Dies reduziert das verfügbare Haushaltseinkommen und damit in weiterer Folge den privaten Konsum. Gleichzeitig dämpft die gestiegene Unsicherheit die Konjunkturaussichten bei Unternehmen und damit deren Investitionsbereitschaft. Eine Angebotsverknappung betrifft ebenso rohölbasierte Produkte und verteuert Transportkosten. Investitionsprojekte werden zudem durch die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen erschwert. Als kleine offene Volkswirtschaft wird Österreich überdies von der fallenden Nachfrage unserer Handelspartner gebremst, die ebenso vom Energiepreisanstieg getroffen wurden.

Als Grundlage für die Schätzung der nachfolgend dargelegten Szenarien-Berechnungen wurden im Eurosystem akkordierte Annahmen verwendet. Die EZB berechnete wie schon im März 2026 für den Euroraum drei Szenarien: „mild“, „adverse“ und „severe“.[1] Im Gegensatz zum März wurden im Juni keine expliziten Annahmen zur weiteren Entwicklung des Kriegs getroffen und davon abhängig Preispfade festgelegt. Stattdessen basieren die Rohstoffpreisannahmen auf marktbasierten Wahrscheinlichkeitsverteilungen. Die Ölpreise (Gaspreise) steigen im Szenario „adverse“ 2026 im Jahresdurchschnitt auf 107 USD pro Barrel (52 EUR pro MWh) und sinken bis 2028 auf 92 USD (32 EUR). Im Szenario „severe“ liegen die Preise 2026 bei 128 USD (73 EUR), steigen 2027 weiter und fallen 2028 auf 126 USD (59 EUR).[2] Die Schätzungen wurden mit dem Austrian Quarterly Model (AQM) der OeNB vorgenommen. Nichtlinearitäten und stärkere Zweitrundeneffekte bei der Inflation wurden via Expert:innen-Judgement und zusätzlichen Satellitenmodellen berücksichtigt.

Die Hauptergebnisse der Schätzungen, inklusive der Aufteilung der Effekte auf die einzelnen Wirkungskanäle, sind in den Grafiken 1 K1 und 2 K1 dargestellt. Die linke Grafik (1 K1) zeigt die Effekte auf das reale Wachstum, die rechte (2 K2) auf die HVPI-Inflation. In beiden Grafiken sind jeweils die drei Prognosejahre dargestellt und für jedes Prognosejahr jeweils die Ergebnisse der drei Szenarien. Ausgangspunkt ist die aktuelle Juni-Prognose der OeNB, die als Linie dargestellt ist. Davon ausgehend ist die Veränderung des jeweiligen Szenarios abgebildet und als Punkt angegeben. Die Differenz zur Juni-Prognose teilt sich auf die einzelnen Wirkungskanäle auf.

Die Ergebnisse sind vergleichbar mit jenen für den Euroraum. Im Szenario „adverse“ geht das BIP-Wachstum in Österreich 2027 auf rund 0,75 % zurück, liegt aber 2028 bei über 1 %. Die Inflation steigt 2026 auf über 4 %.

[1] Wir verwenden zwecks Konsistenz mit der EZB-Prognose vom Juni 2026 die drei englischen Originalbezeichnungen der Szenarien, die im Deutschen in etwa „leicht“, „nachteilig“ und „schwer“ bedeuten.

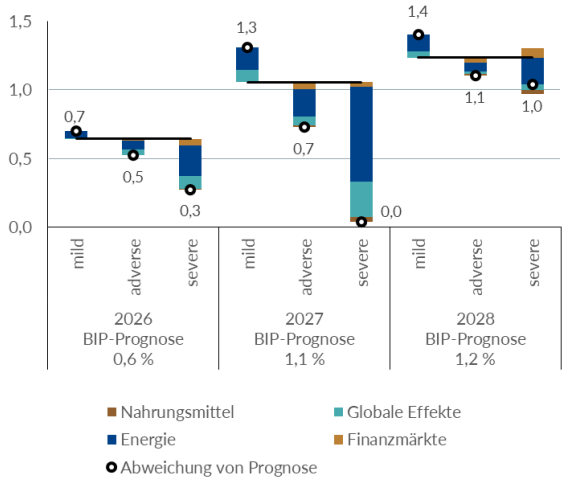
[2] Die Abweichungen zum Hauptszenario werden ab dem dritten Quartal implementiert. Öl- und Gaspreise folgen im Szenario „adverse“ dem 75. Perzentil und im Szenario „severe“ dem 95. Perzentil der aus Optionsscheinen abgeleiteten Wahrscheinlichkeitsverteilungen. Im Szenario „mild“ wird das 25. Perzentil herangezogen. Den vorliegenden Szenarien-Berechnungen liegen die verfügbaren Daten für Rohstoffpreise bis inklusive 28. Mai 2026 zugrunde.

Im Szenario „severe“ kommt es hingegen 2027 zu einer Stagnation, die Inflation steigt auf über 5 %. Für das Budgetdefizit bleibt auch im Szenario „mild“ die 3-%-Marke 2028 aus derzeitiger Sicht nicht realistisch, im Szenario „severe“ steigt der negative Budgetsaldo bis 2028 auf knapp 5 %.

Grafik 1 K1

Österreich: BIP-Effekte für Nahost-Szenarien

BIP-Prognose (Linien) als Veränderung zum Vorjahr in %
Balken und Punkte: Veränderung zur Prognose in Prozentpunkten

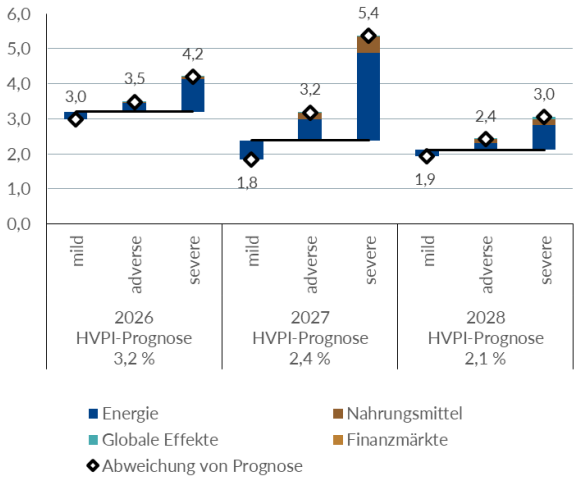


Quelle: OeNB, EZB.

Grafik 2 K1

Österreich: HVPI-Effekte für Nahost-Szenarien

HVPI-Prognose (Linien) als Veränderung zum Vorjahr in %
Balken und Punkte: Veränderung zur Prognose in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, EZB.

Die Ölpreise, wie auch die Markterwartungen haben sich seit Anfang März sehr volatil entwickelt. An einem Drittel der Tage seit Ausbruch des Nahost-Kriegs stieg oder fiel der Rohölpreis der Sorte Brent um mehr als 5 % im Tagesvergleich. Gleichzeitig zeigte sich hinsichtlich der Markterwartungen eine ausgeprägte Backwardation (sinkende Marktpreise), die darauf hindeutet, dass die Märkte keine langfristigen Angebotsverknappungen erwarten und die Preise deswegen rasch sinken sollten. Der Höhepunkt dieser Entwicklung lag Anfang April 2026 vor, als die Differenz zwischen dem Preis für Öl mit Lieferung im aktuellen Monat und jenem mit Lieferung in zwei Monaten auf 34 USD stieg. Die Erwartung auf eine rasche Einigung und eine uneingeschränkte und zügige Wiederaufnahme der Förderung und Lieferung von Öl durch die Straße von Hormus zeigt sich ebenso in den Fördererwartungen der International Energy Agency (IEA), die den Tiefpunkt der weltweiten Fördermenge im Mai 2026 überschritten sieht. Gleichzeitig sind die Rohöl-Lagerständen zuletzt stark gesunken. In Summe stellt diese Gesamtlage das mit Abstand größte Prognoserisiko dar. Vor dem Hintergrund bieten die hier präsentierten Szenarien eine Bandbreite, in der die tatsächliche Entwicklung mit großer Wahrscheinlichkeit liegen wird.

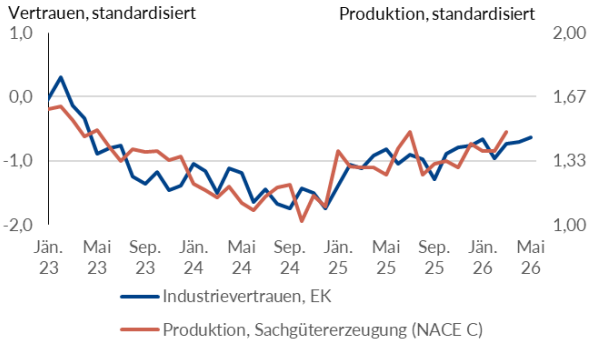
1 Österreichs Wirtschaft mit starkem Start ins Jahr 2026 – gefolgt von Wachstumsverlangsamung durch Nahost-Krieg zur Jahresmitte

Die heimische Wirtschaft hat sich zum Jahreswechsel robust gezeigt. Die Wirtschaftsleistung hat im ersten Quartal 2026 um 0,2 % (saison- und arbeitstägig bereinigt, im Vergleich zum Vorquartal) zugelegt. Für das Schlussquartal 2025 zeigt die aktuelle Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) nunmehr ebenso einen Anstieg von 0,2 % anstatt – wie bisher offiziell ausgewiesen – noch eine Stagnation. Für das Gesamtjahr 2025 wird ein BIP-Wachstum von 1,0 % ausgewiesen. Auch das entspricht einer Aufwärtsrevision um 0,2 Prozentpunkte und verbessert den Startpunkt in das aktuelle Jahr um 0,2 Prozentpunkte.

Hauptgrund für diese Aufwärtsrevision ist die Entwicklung der Sachgüterindustrie. Die Daten zur Industrieproduktion wurden in den vergangenen Monaten schrittweise nach oben revidiert. Diese Aufwärtstendenz zeigt sich über viele Bereiche der Industrie und ist somit breit gefächert. Wie in Grafik 1 zu sehen ist, deckt sich diese Entwicklung mit dem Industrievertrauen, abgefragt von der Europäischen Kommission. Auch der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex bestätigt die robuste Entwicklung der Industrie und weist im Durchschnitt der Monatswerte seit November 2025 einen Wert über 50 – der Expansionsschwelle – aus. In der aktuellen VGR stützt die Sachgütererzeugung nun bereits seit Jahresbeginn 2025 die Bruttowertschöpfung mit positiven Wachstumsraten. Diese Dynamik übertrifft in diesen Monaten die Entwicklung im Dienstleistungssektor, der in den vergangenen Quartalen keine wesentlichen Wachstumsimpulse gesetzt hat.

Grafik 1

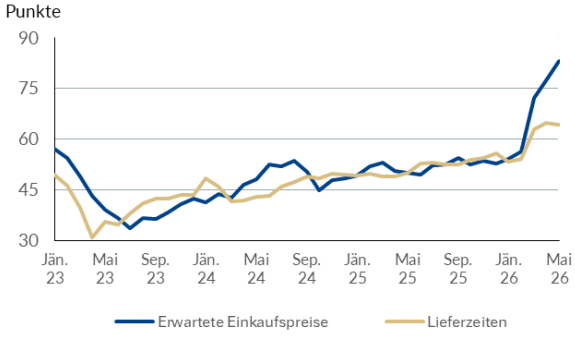
Industrievertrauen & Industrieproduktion



Quelle: Economic Sentiment Indicator, EK, Statistik Austria.

Grafik 2

Erwartete Einkaufspreise & Lieferzeiten



Quelle: UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex.

Die robuste Entwicklung zu Jahresbeginn erfährt einen Gegenwind in Form des erneuten Energiepreisschocks aufgrund des Nahost-Kriegs. Gegenüber der März-Prognose mussten die Ölpreisannahmen über den gesamten Prognosehorizont nochmals angehoben werden – allein für 2026 um 15 USD pro Barrel. In Erwartung steigender Inputpreise füllen die Unternehmen ihre Vormateriallager und die Lieferzeiten verlängern sich, da die Nachfrage nach Vormaterialien das bestehende Angebot übertrifft. Während sich dieser Prozess zunächst noch positiv auf das BIP-Wachstum auswirken kann, könnten die gestiegenen Preise mittelfristig zu rückläufigen Aufträgen und einer vermehrten Produktion mit Inputs aus den Lagerbeständen führen.

Gleichzeitig belasten die gestiegenen Energiekosten das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und tragen zu erhöhter Unsicherheit bei. Das belastet den privaten Konsum und führt zu einer geringeren Investitionstätigkeit.

In Summe erwartet die OeNB nach einem guten Start in das Jahr 2026 eine merkliche Wachstumsverlangsamung zur Jahresmitte. Die im Vergleich zur März-Prognose höheren Energiepreise hätten zu einer Abwärtsrevision des Wirtschaftswachstumes im Gesamtjahr 2026 um rund 0,1 Prozentpunkt geführt. Der höhere Ausgangswert des Vorjahres stützt das Wachstum 2026 aber mit 0,2 Prozentpunkten. In Summe ergibt sich für 2026 damit eine leichte Aufwärtsrevision des BIP-Wachstums um 0,1 Prozentpunkt auf 0,6 %. Den Annahmen insbesondere zur Entwicklung der Rohölpreise entsprechend handelt es sich aber nur um eine temporäre Wachstumsdelle, welche die grundlegend positive Wachstumsdynamik nicht ersticken dürfte. Die niedrigeren Wachstumsraten zur Jahresmitte 2026 verringern den Startpunkt für das kommende Jahr geringfügig. Jedoch erwartet die OeNB mit dem Rückgang der Energiepreise und der somit sinkenden Inflation ein nunmehr höheres innerjähriges Wachstum im Jahr 2027, welches insgesamt geringfügig über dem Wachstumspotenzial liegen sollte.

2 Energiepreisschock dämpft Wachstum des privaten Konsums

Nach dem starken Anstieg von 4,3 % im Jahr 2024 sind die real verfügbaren Nettohaushaltseinkommen im Jahr 2025 deutlich um 1,5 % gesunken. Während die Entgelte der Arbeitnehmer:innen einen Wachstumsbeitrag von 3,3 Prozentpunkten verzeichneten, führte ein Rückgang der staatlichen Transferleistungen (abzüglich direkter Steuern) zu einem negativen Wachstumsbeitrag von 1,2 Prozentpunkten. Auch die Vermögenseinkommen trugen mit 1,5 Prozentpunkten negativ zur Entwicklung der real verfügbaren Nettohaushaltseinkommen bei. Die Einkommen der Selbstständigen und die Betriebsüberschüsse wuchsen mit 0,7 % leicht an. Der Anstieg der privaten Konsumausgaben, sowie die Entwicklung des Preisniveaus für Konsumausgaben führte jedoch zu dem erwähnten Rückgang der real verfügbaren Haushaltseinkommen (+1,2 % in nomineller Betrachtung und -1,5 % in realer Betrachtung). Die realen privaten Konsumausgaben lagen mit einem Wachstum von 0,7 % im vergangenen Jahr somit deutlich über der Entwicklung der verfügbaren Einkommen und trugen zu einem Rückgang der Sparquote der privaten Haushalte bei. Während die Sparquote 2024 noch bei 11,7 % lag, sank sie 2025 auf 10,0 % (was weiterhin merklich über dem Niveau der Jahre vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie liegt).

Die Stimmungsindikatoren für das Konsument:innenvertrauen haben sich zuletzt merklich verschlechtert. Der Gesamtindikator der Konsument:innenstimmung der Europäischen Kommission verharrte 2025 auf unterdurchschnittlichem Niveau, entwickelte sich jedoch zu Jahreswechsel positiv. Dieser Aufwärtsbewegung wurde durch den Nahost-Krieg ein jähes Ende bereitet. Auch bei der von den Konsument:innen erwarteten Arbeitslosigkeit konnte von einem hohen Niveau – ausgehend zu Jahresbeginn – eine Kehrtwende beobachtet werden, die aber mit März 2026 abrupt endete. Für 2026 prognostizieren wir daher einen nur verhaltenen Anstieg des realen privaten Konsums von 0,5 %. Demgegenüber stehen um 0,3 % sinkende real verfügbare Haushaltseinkommen, wodurch die Sparquote auf 8,9 % sinken dürfte. Wie schon im Vorjahr wird die Beschäftigungsentwicklung voraussichtlich auch 2026 keinen wesentlichen Wachstumsbeitrag zum real verfügbaren Haushaltseinkommen leisten können. Aufgrund des deutlich geringeren Tariflohnwachstums 2026 unter der rollierenden HVPI-Inflationsrate (siehe Kasten 2) sinken die realen Nettolöhne je Arbeitnehmer:in (-1,4 %).

Für die Jahre 2027 und 2028 wird mit einer einsetzenden Konsumbelebung und leichten Zuwächsen der real verfügbaren Haushaltseinkommens gerechnet. Dadurch wird die Nettosparquote auf 8,6 % (2028) sinken, damit aber weiterhin oberhalb des Durchschnitts zwischen Finanzkrise und COVID-19-Pandemie (2012–2019) von 7,6 % zu liegen kommen.[3]

Tabelle 2

Haushaltseinkommen und privater Konsum

	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %				
Verfügbares Haushaltseinkommen, real	-1,5	-0,3	0,9	0,6
Privater Konsum, real	0,7	0,5	1,0	0,8
in % des verfügbaren Haushaltseinkommens				
Sparquote	10,0	8,9	8,8	8,6

Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

[3] Die Zeitperioden zur Durchschnittsbildung wurden bewusst nur bis 2019 gewählt, um eine Verzerrung durch die ungewöhnlich hohen Sparquoten während der COVID-19-Pandemie zu vermeiden.

3 Investitionsaufschwung wird durch Unsicherheit gedämpft, Wohnbauzyklus kämpft weiterhin um Erholung

Die positiven Signale für das Jahr 2025 im Bereich der realen Wertschöpfung in Industrie und Sachgütererzeugung kontrastieren mit einem äußerst volatilen Wachstumsprofil der Bruttoanlageinvestitionen. Diese entwickelten sich in der Jahresbetrachtung 2025 positiver als zuletzt angenommen, stagnierten jedoch im ersten Quartal 2026. Die Wohnbauinvestitionen entwickelten sich im Vorjahr erneut negativ und werden auch im laufenden Jahr einen negativen Wachstumsbeitrag zu den realen Bruttoanlageinvestitionen in der Höhe von 0,3 Prozentpunkten leisten. Tiefbau- und andere Investitionen werden im laufenden Jahr noch mit 0,3 Prozentpunkten ebenso negativ zur Investitionsentwicklung beitragen.

Die Wohnbauinvestitionen entwickelten sich im Vorjahr mit -5,2 % äußerst negativ. Die Anzahl der Baubewilligungen ist 2025 abermals leicht gesunken und befindet sich mit 47.636 Baubewilligungen um mehr als 45 % unter dem Wert des Jahres 2019, der die Spitze des vergangenen Wohnbauzyklus markiert. Für das laufende Jahr wird mit einer erneut negativen Entwicklung in der Höhe von -1,3 % gerechnet. Die Ausrüstungsinvestitionen sind dagegen im Vorjahr mit 9,9 % stark angestiegen und weisen auf eine deutliche Erholung der Produktionstätigkeit 2025 hin. Für das laufende Jahr sowie die beiden kommenden Jahre wird mit deutlich niedrigeren Wachstumsraten gerechnet.

Am aktuellen Rand steht die Entwicklung der Wertschöpfung und im Besonderen der unternehmerischen Investitionstätigkeit infolge des Nahost-Kriegs unter einem unsicheren Vorzeichen. Seit März 2026 signalisieren die Stimmungsindikatoren der Europäischen Kommission für die unternehmerischen Erwartungen im Dienstleistungs- und Einzelhandelsbereich eine ausgeprägte Verschlechterung.

Tabelle 3

Investitionen

	2012–2019	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %					
Bruttoanlageinvestitionen insgesamt (real)	2,8	2,6	0,5	1,5	2,1
Ausrüstungsinvestitionen	2,9	9,9	2,7	1,5	2,2
Investitionen in Forschung und Entwicklung	5,0	2,4	1,2	2,9	3,0
Wohnbauinvestitionen	3,7	-5,2	-1,3	0,8	1,2
Nicht-Wohnbauinvestitionen und andere Investitionen	0,0	1,4	-1,6	0,6	1,5

Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

Wir rechnen für das laufende Jahr mit einer unterdurchschnittlichen, aber dennoch positiven Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen mit einem Jahreswachstum von 2,7 % wobei die Bruttoanlageinvestitionen sich nur mit +0,5 % entwickeln dürften. Für die Jahre 2027 und 2028 wird mit einem Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen von 1,5 % und 2,1 % und einer einsetzenden Erholung der Wohnbauinvestitionen gerechnet. Zusammengenommen ergibt sich daher ein verhaltener Ausblick für das Investitionsverhalten im laufenden Jahr.

4 Marktanteilsverluste im Außenhandel

Tabelle 4

Außenhandel und Leistungsbilanz

Außenhandel	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %				
Exporte insgesamt	1,5	1,3	2,1	2,8
Importe insgesamt	2,0	1,5	2,2	2,8
in % des nominellen BIP				
Leistungsbilanz	1,9	1,2	1,9	2,3

Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

Die volatile und von Unsicherheit geprägte Lage am Weltmarkt spiegelt sich auch in den Außenhandelsdaten Österreichs wider. Während sich der Weltmarkt 2025 spürbar erholte, verzeichnete die österreichische Exportwirtschaft eine unterdurchschnittliche Dynamik. Durch vergleichsweise stärker ansteigende Preise österreichischer Exportgüter sank Österreichs preisliche Wettbewerbsfähigkeit, was die kompetitive Position exportorientierter Unternehmen schwächt. Obwohl die Nachfrage auf den österreichischen Exportmärkten um 3,7 % gestiegen ist, verzeichneten die österreichischen Exporte nur einen geringeren Zuwachs von 1,5 % – dadurch gingen Weltmarktanteile weiter verloren.

Mit dem Ausbruch des Nahost-Kriegs Ende Februar 2026 vollzog der Euro-Wechselkurs eine Abwertung. Diese Entwicklung sollte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft der Euroraum-Länder unterstützen. In Österreich zeichnet sich dies potenziell bereits durch eine positivere Einschätzung der Unternehmen bezüglich ihrer Wettbewerbslage ab. Allerdings belasten die gestiegenen Energiepreise und der Anstieg der relativen Lohnstückkosten in den vergangenen Jahren die preisliche Wettbewerbssituation der exportorientierten Sektoren. Zwar wird im Prognosezeitraum mit keiner weiteren Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten vis-a-vis dem Euroraum gerechnet (siehe Kasten 2), allerdings werden vergangene Verluste auch nicht aufgeholt. Österreich dürfte daher nach herben Marktanteilsverlusten 2024 und 2025 auch im Zeitraum 2026–2028 Markanteile verlieren, jedoch fallen die Verluste weniger stark aus. Das Wachstum der realen Exporte dürfte sich von 1,3 % im Jahr 2026 auf 2,8 % 2028 beschleunigen und damit im Durchschnitt mit knapp über 0,5 % unter dem Wachstum der Exportmärkte bleiben (siehe Tabellen A2–A4 im Anhang für detaillierte Ergebnisse und die Annahmen zum internationalen Umfeld).

Da vor allem die importintensiven Ausrüstungsinvestitionen, aber auch der private Konsum und die Exporte 2025 gewachsen sind, ergab sich auch beim Importvolumen ein Plus von 2,0 %. Dieser Aufwärtstrend setzt sich 2026 – wenn auch moderater – fort (+1,5 %). In den beiden Folgejahren steigen die Importe stärker, um 2,2 % bzw. 2,8 %. Der daraus resultierende Leistungsbilanzsaldo (in % des nominellen BIP) wird 2026 vom Terms-of-Trade-Schock gebremst und beträgt 1,2 %. In den Folgejahren ist mit einem Rückfall auf 1,9 % (2027) bzw. 2,3 % (2028) zu rechnen. In der aggregierten Betrachtung tragen die Nettoexporte mit -0,1 Prozentpunkt negativ zum Wachstum des realen BIP im Jahr 2026 bei. Für 2027 und 2028 zeichnet sich ein leicht positiver Beitrag der Nettoexporte von jeweils +0,1 % ab.

5 Arbeitslosigkeit bleibt heuer stabil – rückläufiges Wachstum der Kollektivvertragslöhne

Die schwache Konjunkturentwicklung 2023 und 2024 hat die Arbeitslosigkeit deutlich ansteigen lassen. 2025 erreichte die Arbeitslosenquote laut AMS 7,4 %, jene laut Eurostat 5,7 %. 2026 wird die AMS-Quote nicht weiter steigen bzw. die Eurostat-Quote sogar leicht zurückgehen. Im Zuge des Aufschwungs 2027 und 2028 werden beide Arbeitslosenquoten jeweils um 0,2 Prozentpunkte zurückgehen. Die Beschäftigung in Personen wird heuer leicht (um 0,1 %) wachsen, während die geleisteten Arbeitsstunden um 0,2 % zurückgehen. 2027 und 2028 wird die Beschäftigung um 0,7 % bzw. 0,6 % steigen, die Arbeitsstunden jeweils geringfügig schwächer.

Weil die meisten Kollektivverträge, die heuer wirksam sind, bereits abgeschlossen sind, lässt sich das Wachstum der Kollektivvertragslöhne für 2026 schon mit großer Sicherheit abschätzen. Dieses dürfte 2,3 % betragen und trotz der erwartet höheren Inflation im Rest des Prognosehorizonts (2027: 2,7 % bzw. 2028: 2,4 %) nur in geringerem Ausmaß ansteigen. Details zur aktuellen Entwicklung der Kollektivvertragsabschlüsse im Vergleich zu den vorangegangenen Lohnrunden sind in Kasten 2 zu finden.

Tabelle 5

Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung

Beschäftigung	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %				
Gesamtbeschäftigung (Personen)	0,0	0,1	0,7	0,6
Geleistete Arbeitsstunden, insgesamt	0,6	-0,2	0,6	0,5
Löhne und Inflation				
Veränderung zum Vorjahr in %				
Kollektivvertragslöhne[1]	3,9	2,3	2,7	2,4
Lohndrift	0,0	0,0	0,1	0,1
Brutto[2], nominell	3,8	2,3	2,8	2,6
HVPI-Inflationsrate	3,6	3,2	2,4	2,1
Brutto[2], real (HVPI)	0,2	-0,8	0,4	0,4
Netto[3], real (HVPI)	0,2	-1,2	-0,1	0,1
Arbeitslosenquoten				
in % des Arbeitskräfteangebots				
Gemäß Eurostat	5,7	5,6	5,4	5,2
Gemäß AMS	7,4	7,4	7,2	7,0

[1] Gesamtwirtschaft.

[2] Inklusive Dienstgeberbeiträgen.

[3] Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

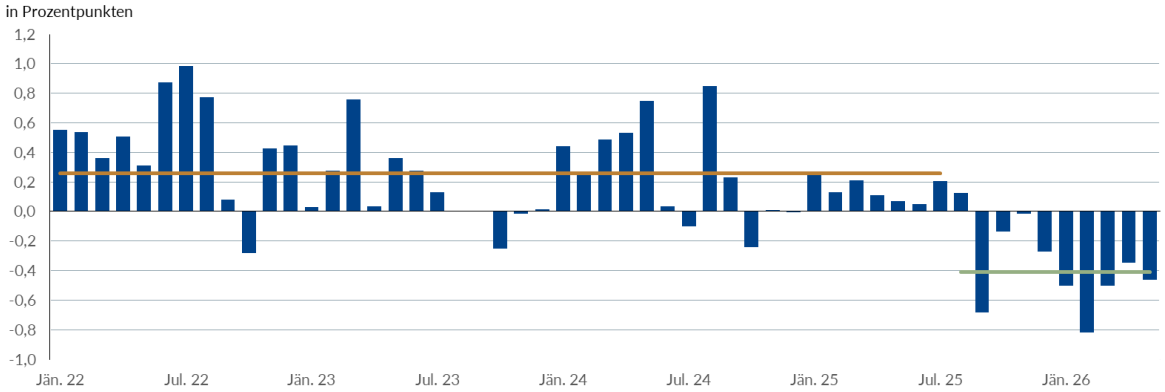
Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

Kasten 2

Deutlich niedrigere KV-Abschlüsse in der laufenden Lohnrunde

Grafik 1 K2

Abweichungen der mittleren Lohnabschlüsse von der rollierenden Inflation[1]



[1] Rollierende Inflation: gleitender Mittelwert der VPI-Inflation der letzten zwölf Monate, verzögert um zwei Monate. Die Zuordnung der Abschlüsse zu den Monaten erfolgte nach den Publikationsdaten des ÖGB. Stand: 27. Mai 2026
Quelle: ÖGB, Statistik Austria, OeNB.

Die laufende Kollektivvertragsrunde ist – im Vergleich zu den vorangegangenen Lohnrunden – von niedrigen Lohnabschlüssen gekennzeichnet: Während in den Jahren ab 2022 die Lohnsteigerungen meist zumindest der rollierenden VPI-Inflation über die letzten zwölf Monate entsprachen, bleiben die Lohnzuwächse in der laufenden Lohnrunde 2025/2026 hinter dieser „Benchmark" zurück. Die Balken in Grafik 1 K2 zeigen die Abweichungen der mittleren Lohnsteigerungen je Monat von der (verzögerten) rollierenden Inflation: Von Anfang 2022 bis zum Sommer 2025 waren diese im Schnitt positiv; seit September 2025 sind sie durchwegs negativ.

Tabelle 1 K2

Lohnsteigerungen und rollierende Inflation

	Lohnrunden 2021–2025			Lohnrunde 2025/2026		
	Anzahl	Anteil in %	Mittlere Abweichung[1]	Anzahl	Anteil in %	Mittlere Abweichung[1]
Lohnabschlüsse unter der rollierenden Inflation	214	26,3	-0,7	111	84,1	-0,6
Lohnabschlüsse über der rollierenden Inflation	601	73,7	0,7	21	15,9	0,2
Gesamt	815	100,0	0,3	132	100,0	-0,4

[1] in Prozentpunkten.
Quelle: ÖGB, OeNB.

Tabelle 1 K2 zeigt nähere Details: In den vergangenen Lohnrunden (2021–2025) wiesen 74 % aller Abschlüsse Entgeltsteigerungen auf, die über der jeweils maßgeblichen rollierenden Inflation lagen. In der laufenden Lohnrunde kam es hingegen bisher in etwa 84 % der Fälle zu Abschlüssen, die unterhalb der Inflation lagen.

In der aktuellen Lohnrunde treten auch Mehrjahresabschlüsse häufiger auf: Seit September 2025 kam es in 10,3 % aller Abschlüsse zu Kollektivvertragsdauern von zwei Jahren oder mehr, während dieser Anteil zwischen November 2021 und August 2025 nur bei 3,7 % gelegen war. Und während in den vorangegangenen Lohnrunden in allen Mehrjahresverträgen die Lohnzuwächse für das zweite (und ggf. dritte) Jahr in Abhängigkeit von der abgelaufenen Inflation spezifiziert worden waren, so wurden in der laufenden Lohnrunde bei der Mehrzahl der Mehrjahresverträge (81 %) fixe Lohnsteigerungen vereinbart.

Die Inflation ist nicht der einzige Beurteilungsmaßstab von Lohnabschlüssen. Nach der „Benya-Formel“ sollen die Kollektivvertrags-Lohnsteigerungen der rollierenden Inflation zuzüglich des (mittelfristigen) Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität entsprechen. Wenn man für die Produktivität das mittlere Wachstum der Stundenproduktivität über die letzten zwölf Quartale ansetzt, so zeigt sich, dass dieses seit Mitte 2025 negativ ist. Im letzten Quartal des Vorjahrs lag die mittelfristige Stundenproduktivität bei -0,7 %, ein Jahr zuvor war sie noch bei +0,2 % gelegen. Gemäß der „Benya-Formel“ würde der Rückgang des Produktivitätswachstums Lohnabschlüsse unter der maßgeblichen Inflationsrate implizieren.

In den Jahren von 2022 bis 2025 kam es in Österreich zu einem um 6 Prozentpunkte höheren Wachstum der Lohnstückkosten als im Euroraum, wodurch sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft deutlich verschlechtert hat. Die laufende Lohnrunde trägt zu einer moderateren Lohnstückkostenentwicklung bei. Sie sorgt zumindest dafür, dass sich die Diskrepanz der Lohnstückkosten im Vergleich zum Euroraum nicht weiter vergrößert und hält Zweitrundeneffekte im Inflationsprozess hintan (siehe den OeNB Policy Brief „Hohes Lohnwachstum in den vergangenen Jahren – niedrige Abschlüsse in der laufenden Lohnrunde“).

6 Nahost-Krieg treibt Inflation 2026 auf 3,2 % – deutliche Abschwächung der Teuerung ab 2027

Die österreichische HVPI-Inflation stieg laut Schnellschätzung im Mai 2026 auf 3,7 % (Jänner 2026: 2,1 %). Verantwortlich für den kräftigen Anstieg seit Jahresbeginn waren vor allem die infolge des Nahost-Kriegs gestiegenen Energiepreise, insbesondere bei Treibstoffen und Heizöl. Rund zwei Drittel des Inflationsanstiegs entfielen auf Energie, das verbleibende Drittel auf Dienstleistungen und nicht-energetische Industriegüter. Auch im Euroraum beschleunigte sich die Inflation deutlich – von 1,7 % im Jänner 2026 auf 3,2 % im Mai 2026 –, wobei auch hier höhere Energiepreise den Großteil des Anstiegs beitrugen.

Der Inflationsabstand Österreichs zum Euroraum betrug in den ersten fünf Monaten des Jahres 2026 rund 0,5 Prozentpunkte und lag damit um etwa 1 Prozentpunkt unter dem Wert des Jahres 2025. Maßgeblich für den Rückgang waren Basiseffekte im Strombereich: Das Auslaufen der Strompreisbremse ließ die Elektrizitätsinflation im Jahr 2025 auf nahezu 40 % steigen, wodurch sich Anfang 2026 ein entsprechend dämpfender Basiseffekt ergab. Zusätzlich wurde die Elektrizitätsabgabe im Jänner 2026 deutlich gesenkt, was die Inflation weiter verringerte.

6.1 Inflation im Jahr 2026 bei 3,2 %, gefolgt von einem Rückgang auf 2,4 % im Jahr 2027 und 2,1 % im Jahr 2028

Nach Beginn des Nahost-Kriegs Ende Februar 2026 haben sich die Energiepreise auf den internationalen Rohstoffmärkten deutlich erhöht. Die Ölpreise stiegen zuletzt auf ein Niveau wie zu Beginn des Jahres 2022 und lagen auf Basis der Markterwartungen vom 21. Mai 2026 für das Gesamtjahr 2026 rund 45 % über den vor Kriegsbeginn erwarteten Werten. In ähnlichem Ausmaß reagierten die europäischen Gas-Großhandelspreise, die am 21. Mai 2026 um rund 45 % höher notierten als vor Ausbruch des Krieges.

Die aktuelle Prognose basiert auf den Markterwartungen vom 21. Mai 2026. Ergänzt wird sie durch eine Reihe alternativer Szenarien (siehe Kasten 1). Die OeNB geht davon aus, dass die Inflation bis in das erste Quartal 2027 nicht unter 3,0 % sinkt. Erst im zweiten Quartal 2027 dürfte die Gesamtinflation deutlich zurückgehen, da die hohen Energiepreise des Vorjahres zu ausgeprägten Basiseffekten führen und dadurch die Energieinflationsrate negativ wird. Dies setzt jedoch voraus, dass sich die aktuellen Markterwartungen eines raschen Rückgangs der Ölpreise bewahrheiten. Demzufolge steigt die HVPI-Inflation im Jahr 2026 auf 3,2 %, bevor sie 2027 auf 2,4 % zurückgeht und 2028 auf 2,1 % sinkt.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Senkung der Energie- und Nahrungsmittelpreise (Spritpreisbremse, Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel)[4] wirken 2026 inflationsdämpfend und reduzieren die HVPI-Inflation um rund 0,1 Prozentpunkt. Gleichzeitig wirken die im Rahmen der Budgetkonsolidierung beschlossenen Gebührenerhöhungen (z. B. für Reisepässe, Führerscheine und andere Verwaltungsleistungen) sowie die Erhöhung der Tabaksteuer 2026 mit rund 0,2 Prozentpunkten inflationserhöhend.

[4] Die durch den Beschluss der Bundesregierung verringerte Mineralölsteuer sowie die Begrenzung der Margen („Spritpreisbremse“) verminderten im April 2026 die Treibstoffpreise um rund 10 Cent je Liter, im Mai 2026 um rund 5,75 Cent je Liter sowie im Juni um rund 1,75 Cent je Liter. Über die Fortführung sowie Höhe der Spritpreisbremse wird jeden Monat neu entschieden. Mit Juli 2026 wird die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel von 10 % auf 4,9 % dauerhaft gesenkt.

Das Ende Mai 2026 von der Bundesregierung beschlossene Industriestrompaket sowie der Energiepreiskrisenmechanismus dürften im Prognosezeitraum keine Auswirkungen auf die Konsument:innenpreise haben. Die Konsument:innenpreise für Elektrizität dürften nicht über die für die Aktivierung des Mechanismus notwendige Schwelle von 16,5 Cent pro kWh steigen.

Die Energieinflation dürfte bis Anfang 2027 auf einem erhöhten Niveau bleiben. Dabei wird der allmähliche Rückgang der Inflation bei Treibstoffen und Heizöl weitgehend durch den verzögerten Anstieg der Gasinflation kompensiert. Dieser findet aufgrund längerer Vertragslaufzeiten später statt. Im weiteren Verlauf führen starke Basiseffekte zu einem deutlichen Rückgang der Energieinflation. Für das Jahr 2026 wird eine durchschnittliche Energieinflation von 7,1 % prognostiziert (siehe Tabelle 6). Für 2027 wird ein Rückgang der Energieinflation auf -1,0 % erwartet. Ausschlaggebend dafür sind sinkende Energierohstoffpreise sowie ausgeprägte negative Basiseffekte. Auch im Jahr 2028 dürfte die Energieinflation mit -0,7 % leicht negativ bleiben. Der Übergang vom nationalen CO2-Bepreisungssystem zum EU-Emissionshandelssystem ETS2 senkt die Kosten pro Tonne CO2-Emissionen von 55 EUR auf 46 EUR. Die ETS2-Preisannahmen wurden vom Eurosystem im Einklang mit den Annahmen der Europäischen Kommission in ihrer Herbstprognose 2025 festgelegt. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass diese Kostenreduktion nicht an die Konsument:innen weitergegeben wird. Bei vollständiger Weitergabe könnte die Energieinflation im Jahr 2028 um rund 1 Prozentpunkt niedriger ausfallen; die Gesamtinflation würde dadurch um etwa 0,1 Prozentpunkt gedämpft. Die Nahrungsmittelinflation dürfte im Jahr 2027 auf 3,1 % ansteigen (von 2,5 % im Jahr 2026). Ausschlaggebend dafür sind steigende Agrar-Rohstoffpreise infolge höherer Energie- und Düngemittelkosten sowie indirekte Effekte des Energiepreisschocks. 2028 schwächt sich die Teuerung im Nahrungsmittelsektor auf 2,7 % ab, bleibt damit aber rund einen halben Prozentpunkt über dem langfristigen Durchschnitt. Die Inflation bei nicht-energetischen Industriegütern lag im bisherigen Jahresverlauf 2026 bei rund 0,5 % und damit unter ihrem langfristigen Durchschnitt. Für das Jahr 2026 erwarten wir in diesem Segment eine durchschnittliche Inflationsrate von 0,9 % und für die Jahre 2027 und 2028 einen Anstieg der Teuerung auf jeweils 1,4 %. Dieses Profil spiegelt die verzögert einsetzenden indirekten Effekte des Energiepreisschocks wider. Diese zeigen sich unter anderem in steigenden Importpreisen und dadurch höheren Vorleistungskosten im verarbeitenden Gewerbe. Die HVPI-Inflation für Dienstleistungen dürfte schrittweise sinken, und zwar von 4,2 % im Jahr 2026 auf 3,2 % im Jahr 2027 sowie 2,7 % im Jahr 2028. Dieser Trend wird von der Abschwächung des Lohnkostenwachstums getragen. Die HVPI-Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel verringert sich im Prognosehorizont wesentlich langsamer als die Gesamtinflationsrate, weshalb sie 2027 mit 2,6 % und 2028 mit 2,3 % über der HVPI-Inflation liegen dürfte.

Gegenüber der Prognose vom März 2026 revidiert die OeNB die HVPI-Inflationsrate für das Jahr 2026 um 0,5 Prozentpunkte sowie für die Jahre 2027 und 2028 um jeweils 0,1 Prozentpunkt nach oben. Die Aufwärtsrevision im Jahr 2026 ist vor allem auf die Energiekomponente zurückzuführen. In den Jahren 2027 und 2028 wird in der aktuellen Prognose die Teuerung bei Nahrungsmitteln und nicht-energetischen Industriegütern höher eingeschätzt als in der März-Prognose (Grafik 3). Hinter diesen Revisionen stehen die infolge des Nahost-Kriegs gestiegenen Energiepreise. Während sich deren direkte Auswirkungen rasch niederschlagen, wirken die indirekten Effekte mit zeitlicher Verzögerung auf die Preise von Nahrungsmitteln sowie von Industriegütern ohne Energie.

Tabelle 6

OeNB-Inflationsprognose vom Juni 2026

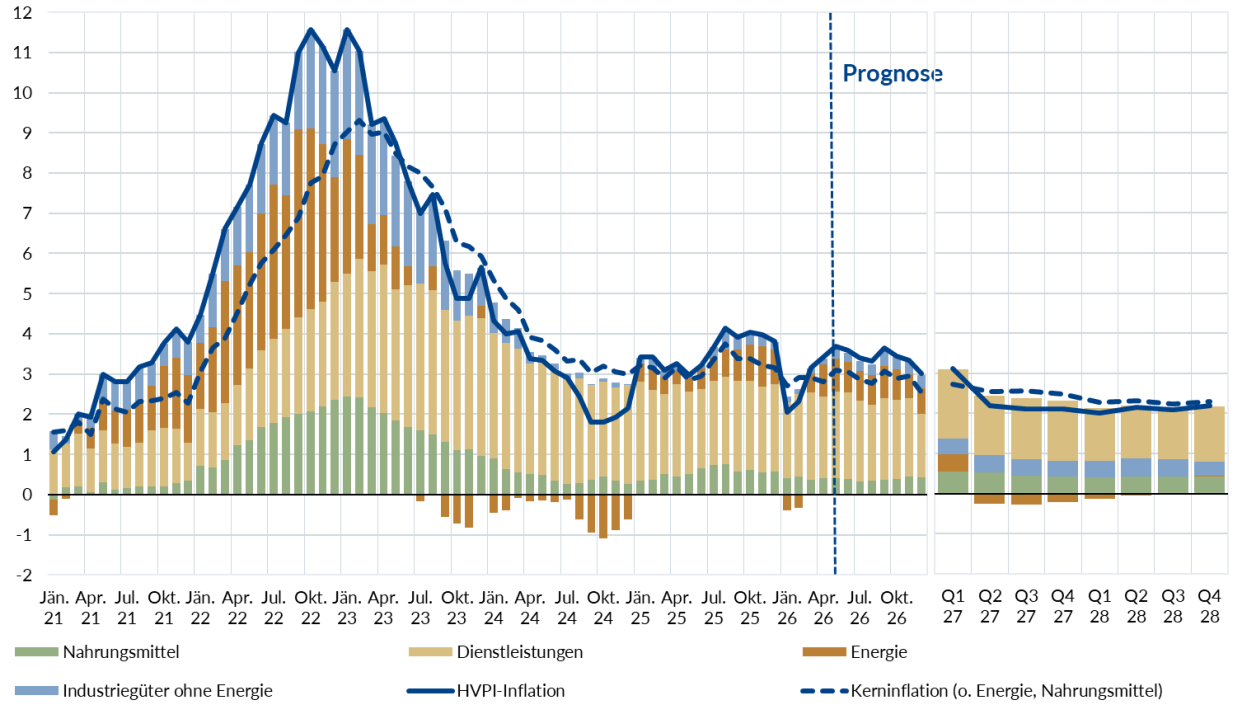
	Prognose				Revisionen gegenüber März 2026		
	2025	2026	2027	2028	2026	2027	2028
	Veränderung zum Vorjahr in %				in Prozentpunkten		
HVPI-Inflation	3,6	3,2	2,4	2,1	0,5	0,1	0,1
Nahrungsmittel insgesamt	3,5	2,5	3,1	2,7	–0,4	0,4	0,2
davon unverarbeitete Nahrungsmittel	2,8	3,5	3,1	x	–0,2	x	x
davon verarbeitete Nahrungsmittel	3,7	2,2	3,1	x	–0,4	x	x
Industriegüter ohne Energie	0,9	0,9	1,4	1,4	0,0	0,1	0,2
Energie	7,6	7,1	–1,0	–0,7	4,9	–1,9	–0,4
Dienstleistungen	4,5	4,2	3,2	2,7	0,4	0,4	0,0
HVPI ohne Energie	3,2	2,9	2,7	2,3	0,2	0,3	0,1
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	3,2	2,8	2,6	2,3	0,3	0,3	0,1

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Grafik 3

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

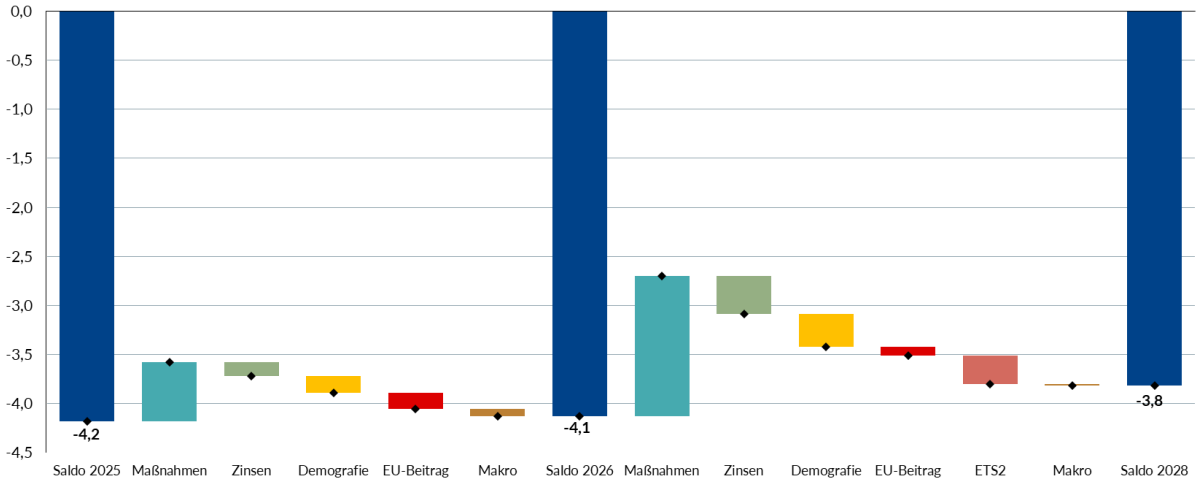
7 Budgetsaldo verbessert sich trotz beträchtlicher Konsolidierung nur geringfügig

Der Budgetsaldo dürfte sich im Jahr 2026 nur geringfügig auf -4,1 % des BIP verbessern (nach -4,2 % des BIP 2025; dunkelblaue Säulen in Grafik 4). Das Netto-Konsolidierungsvolumen[5] 2026 beträgt ca. 0,6 % des BIP (türkise Säulen in Grafik 4). Dieses umfasst Maßnahmen wie Kürzungen der Umweltförderungen sowie nur anteilige Anpassungen der öffentlichen Gehälter, Pensionen und Einkommensteuer-Tarifstufen an die vergangene HVPI-Inflation. Das Bruttovolumen der geplanten Konsolidierung liegt noch höher, wird aber durch Offensivmaßnahmen, wie die Lohnnebenkosten-Senkung, konterkariert. Insgesamt werden die Effekte des Sparpakets von folgenden Faktoren in etwa kompensiert: Die Zinsausgaben (grüne Säulen) und der Beitrag zur Europäischen Union (rote Säulen) steigen 2026 relativ stark. Hinzu kommt der hohe demografische Druck auf die Pensionsausgaben (gelbe Säulen) sowie negative Effekte der Konjunktur- und Preisentwicklungen (braune Säulen). Letzterer Effekt resultiert vor allem über die importierte Inflation, welche die Ausgaben stärker erhöht als die Einnahmen.

Grafik 4

Entwicklung des Budgetsaldos von 2025 bis 2028

in % des BIP



Anmerkung: „Maßnahmen" zeigen Netto-Effekt von Konsolidierung und expansiven Maßnahmen. „Makro" umfasst Auswirkungen des Konjunkturzyklus, der Terms-of-Trade und Revenue Windfalls. „Demografie" umfasst nur den Effekt auf soziale Geldleistungen (insb. Pensionen). „EU-Beitrag" inkludiert Rückflüsse aus dem EU-Budget (NGEU etc.).
Quelle: OeNB.

In den Jahren 2027 und 2028 beträgt allein das gesamtstaatliche Konsolidierungsausmaß gemäß den zum Prognosestichtag vorliegenden Informationen und der Einschätzung der OeNB ca. 1,4 % des BIP (türkise Säulen). Ein Großteil dieses Konsolidierungsvolumens geht auf Maßnahmen zurück, die schon 2025 durch den Bundesfinanzrahmen sowie Budgetbegleitgesetze spezifiziert worden sind: Dies sind insbesondere Nicht-Nachbesetzungen und niedrige Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst, die Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters sowie die partielle Aussetzung der Kompensation der „kalten Progression". Hinzu kommen weitere Kürzungen bei den Umweltförderungen und ein schwaches Wachstum der Sachausgaben. Insgesamt machen diese Maßnahmen 2027 und 2028 jeweils ungefähr 0,5 % des BIP aus (sandfarbene Säulensegmente in Grafik 5) – die kumulierte Wirkung liegt also bei etwa 1 % des BIP.

[5] Die in diesem Beitrag für die einzelnen Jahre angegebenen Netto-Konsolidierungsvolumina umfassen jeweils alle fiskalischen Maßnahmen, die in diesem Jahr in Kraft treten. Sie inkludieren auch Maßnahmen, die in vorherigen Legislaturperioden beschlossen worden sind, wie etwa die Anhebung des Frauenpensionsalters oder das Auslaufen älterer expansiver Fiskal-Maßnahmen.

Im April 2026 verkündete die Bundesregierung ein zusätzliches Paket mit einem Netto-Volumen von kumuliert 2,5 Mrd EUR bzw. knapp 0,5 % des BIP.

Dieses soll mittels Budgetbegleitgesetzen im Zuge des Doppelbudgets beschlossen werden und umfasst expansive Maßnahmen von etwa 2,5 Mrd EUR und Konsolidierungsmaßnahmen von etwa 5 Mrd EUR. Das Paket war überwiegend ausreichend spezifiziert, um in die aktuelle Prognose inkludiert werden zu können (blaue Säulensegmente in Grafik 5). Die größte Einzelmaßnahme ist eine expansiv wirkende Lohnnebenkosten-Senkung, die aber durch zahlreiche Abgabenerhöhungen (Sozialversicherungsbeiträge, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer) und Kürzungen von Sozialleistungen (Pensionserhöhungen unter Inflation, Nichtindexierung von Familienleistungen) mehr als kompensiert wird.

Trotz der sehr umfangreichen Konsolidierung dürfte sich der Budgetsaldo bis 2028 nur auf -3,8 % des BIP verbessern (dunkelblaue Säulen in Grafik 4). Während sich der konjunkturelle Beitrag von 2026 bis 2028 nicht weiter verschlechtert (braune Säulen), belasten weiterhin stark steigende Zins- (grüne Säulen) und Pensionsausgaben (gelbe Säulen) die budgetäre Lage. Zudem kommt 2028 ein statistischer Einmaleffekt hinzu: Die Einnahmen aus dem 2028 in Kraft tretenden Emissionshandelssystems ETS2 werden erst im Jahr nach der Emission erfasst (also ab 2029), während die Einnahmen aus der Ende 2027 auslaufenden nationalen CO2-Abgabe im Jahr der Emission verbucht werden. Dadurch entsteht 2028 ein statistischer Einnahmenentfall von knapp 0,3 % des BIP (orange Säulen).

Dieser Effekt betrifft ausschließlich den Bund. Auch die starken Anstiege der Pensions-, Zins- und Militärausgaben belasten überwiegend die Bundesebene. Gleichzeitig kommt die Zusammensetzung des neuen Pakets vom April 2026 der Bundesregierung den Ländern und Gemeinden sehr zugute: Die Kosten der expansiv wirkenden Lohnnebenkostensenkung trägt fast ausschließlich der Bund, während ein großer Teil der Steuererhöhungen auch die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden anhebt. Deshalb dürfte ein Großteil der Verbesserung des gesamtstaatlichen Budgetsaldos bis 2028 auf das Konto der Länder und Gemeinden gehen (Tabelle 7).

Tabelle 7

Indikatoren der Fiskalregeln

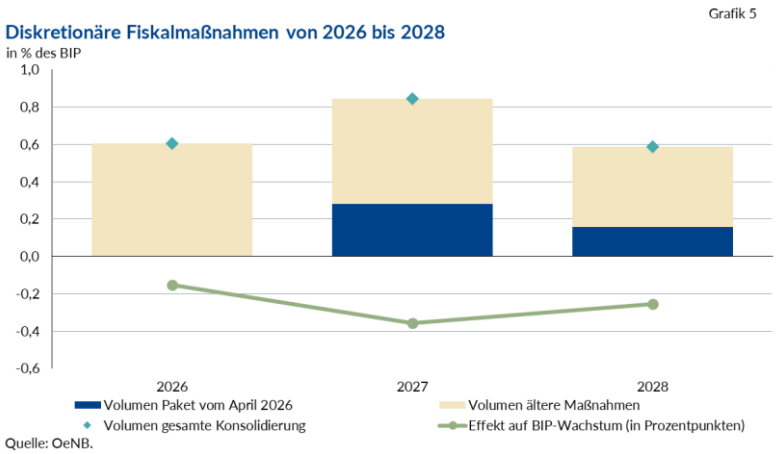
	2025	2026	2027	2028
	in % des BIP			
OeNB-Prognose Maastricht-Zahlen				
Budgetsaldo	-4,2	-4,1	-3,9	-3,8
Saldo Bund und SV-Träger	-3,1	-3,2	-3,1	-3,2
Saldo Länder und Gemeinden	-1,1	-1,0	-0,9	-0,6
Schuldenstand	81,5	84,2	85,6	86,4
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Wachstum der Netto-Primärausgaben				
Obergrenze laut EK-Vorgaben	2,6	2,2	2,2	2,0
OeNB-Prognose inkl. Militär-Klausel und ETS2[1]	2,0	2,2	2,3	2,5
Differenz (in Prozentpunkten)	0,6	0,0	-0,1	-0,5

[1] Annahme: Statistischer Einnahmenentfall aus ETS2 wird herausgerechnet.

Quelle: Statistik Austria, Europäische Kommission, OeNB.

Nach derzeitiger Einschätzung der OeNB dürfte Österreich das Ziel eines Budgetdefizits, das 3 % nicht übersteigt, im Jahr 2028 verfehlen. Zudem steigt aufgrund der weiterhin hohen Budgetdefizite die staatliche Schuldenquote bis 2028 auf 86,4 % des BIP (gegenüber 81,5 % des BIP im Jahr 2025). Österreich erfüllt gleichzeitig aber die EK-Vorgaben der neuen Ausgabenregel im übermäßigen Defizitverfahren. Im Jahr 2025 lag das Ausgabenwachstum deutlich unter den Vorgaben, und 2026 und 2027 dürfte es in etwa den Vorgaben entsprechen (Tabelle 7). Dies kompensiert die für das Jahr 2028 zu erwartende Überschreitung. Dadurch dürfte es nur zu einer Verlängerung des Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizits und nicht zu finanziellen Sanktionen kommen.

Grafik 5



Quelle: OeNB.

Die fiskalischen Maßnahmen dämpfen das BIP-Wachstum über den Prognosehorizont (grüne Linie in Grafik 5). Hauptgründe hierfür sind das nur schwache Wachstum der öffentlichen Beschäftigung, ein Rückgang der realen öffentlichen Investitionen sowie der negative fiskalische Beitrag zur Entwicklung der Haushaltseinkommen (Kürzungen bei Sozialleistungen sowie Erhöhungen von Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträgen). 2026 ist der negative BIP-Wachstums-Effekt eher gering, weil die öffentlichen Investitionen in diesem Jahr stärker wachsen als in den Folgejahren. In den Jahren 2027 und 2028 spielt das im April 2026 angekündigte Sparpaket von 2,5 Mrd EUR nur eine untergeordnete Rolle (blaue Säulensegmente in Grafik 5). Es ist vom Volumen her kleiner als die schon zuvor angekündigten Sparmaßnahmen (sandfarbene Säulensegmente in Grafik 5). Zudem ist es von seiner Zusammensetzung her etwas wachstumsfreundlicher, weil es nur kleine Kürzungen bei öffentlichen Investitionen und öffentlichem Konsum vorsieht (im Gegensatz zu den schon vor dem April 2026 feststehenden Maßnahmen).

8 Tabellenanhang

Tabelle A1

Hauptergebnisse der Prognose

Wirtschaftliche Aktivität	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
Bruttoinlandsprodukt	1,0	0,6	1,1	1,2
Privater Konsum	0,7	0,5	1,0	0,8
Öffentlicher Konsum	2,5	0,7	0,7	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	2,6	0,5	1,5	2,1
Exporte insgesamt	1,5	1,3	2,1	2,8
Importe insgesamt	2,0	1,5	2,2	2,8
in % des nominellen BIP				
Leistungsbilanzsaldo	1,9	1,2	1,9	2,3
Wachstumsbeiträge zum BIP (importbereinigt)[1]				
in Prozentpunkten des BIP				
Exporte	0,4	0,2	0,4	0,6
Inlandsnachfrage (exklusive Lagerveränderung)	0,7	0,1	0,5	0,5
Privater Konsum	0,2	0,1	0,2	0,2
Öffentlicher Konsum	0,5	0,1	0,1	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	-0,1	0,1	0,2
Lagerveränderungen (inklusive statsitische Diskrepanz)	-0,8	0,2	0,0	0,0
Preise				
Veränderung zum Vorjahr in %				
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	3,6	3,2	2,4	2,1
Deflator des privaten Konsums	2,7	3,4	2,4	2,1
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	3,2	1,3	2,0	2,3
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	2,9	1,7	2,3	2,0
Terms-of-Trade	0,2	-2,0	-0,5	0,7
Einkommen und Sparen				
Veränderung zum Vorjahr in %				
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-1,5	-0,3	0,9	0,6
in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens				
Sparquote	10,0	8,9	8,8	8,6
Arbeitsmarkt				
Veränderung zum Vorjahr in %				
Unselbstständig Beschäftigte	0,0	-0,1	0,7	0,7
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer:innen)	0,6	-0,7	0,7	0,6
in % des Arbeitskräfteangebots				
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,7	5,6	5,4	5,2
Arbeitslosenquote gemäß AMS	7,4	7,4	7,2	7,0
Budget				
in % des nominellen BIP				
Budgetsaldo (Maastricht)	-4,2	-4,1	-3,9	-3,8
Staatsverschuldung	81,5	84,1	85,5	86,2

[1] Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden.
Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.
Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

Tabelle A2

Internationale Rahmenbedingungen der Prognose

Bruttoinlandsprodukt	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
Welt ohne Euroraum	3,6	3,0	3,2	3,3
USA	2,1	2,1	1,8	1,9
China	5,0	4,7	4,1	4,0
Indien	7,5	5,1	6,3	7,5
Japan	1,2	0,4	0,7	0,8
Lateinamerika	2,5	1,5	1,3	2,3
Vereinigtes Königreich	1,4	1,0	1,1	1,5
Neue EU-Mitgliedstaaten[1]	1,8	1,6	1,6	1,7
Schweiz	1,3	0,4	1,5	1,5
Euroraum				
Welthandel (Importe i. w. S.)				
Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
Welt	5,1	3,5	3,3	3,4
Welt außerhalb des Euroraums	5,5	4,2	3,6	3,5
Wachstum der Exportmärkte des Euroraums (real)	4,6	3,2	3,4	3,4
Wachstum der österreichischen Exportmärkte (real)	3,7	2,0	2,8	3,3
Preise				
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	69,1	96,9	82,2	77,1
Drei-Monats-Zinssatz in %	2,2	2,4	2,8	2,7
Langfristiger Zinssatz in %	3,0	3,3	3,6	3,7
USD/EUR-Wechselkurs	1,1	1,2	1,2	1,2
Nominell-effektiver Wechselkurs des Euro	128	130	130	130

[1] Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn.

Quelle: Prognose des Eurosystems vom Juni 2026.

Tabelle A3

Außenhandel

Exporte	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %				
Internationale Wettbewerberpreise	-0,6	3,1	2,7	1,7
Exportdeflator	1,6	2,7	2,9	2,3
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	-2,1	0,3	-0,3	-0,6
Nachfrage auf österreichischen Exportmärkten	3,7	2,0	2,8	3,3
Österreichische Exporte i. w. S. (real)	1,5	1,3	2,1	2,8
Marktanteile Österreichs	-2,1	-0,8	-0,6	-0,5
Importe				
Veränderung zum Vorjahr in %				
Internationale Wettbewerberpreise	0,4	3,4	2,7	1,8
Importdeflator	1,4	4,9	3,5	1,7
Österreichische Importe i. w. S. (real)	2,0	1,5	2,2	2,8
Nettoexporte, Quoten und Terms-of-Trade				
in Prozentpunkten des realen BIP-Wachstums				
Beiträge der Nettoexporte zum BIP-Wachstum	-0,2	-0,1	0,1	0,1
in % des nominellen BIP				
Exportquote	55,2	56,3	57,4	58,3
Importquote	52,7	55,1	56,5	57,0
Veränderung zum Vorjahr in %				
Terms-of-Trade	0,2	-2,0	-0,5	0,7

Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

Tabelle A4

Leistungsbilanz

	2025	2026	2027	2028
in % des nominellen BIP				
Handelsbilanz	2,3	1,7	2,3	2,7
Güterbilanz	1,0	0,4	0,9	1,3
Dienstleistungsbilanz	1,3	1,3	1,3	1,3
Primäreinkommensbilanz[1]	0,3	0,3	0,3	0,3
Sekundäreinkommensbilanz[2]	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
Leistungsbilanz	1,9	1,2	1,9	2,3

[1] Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Arbeitsentgelte, Einkommen aus Vermögensanlagen u. a.).

[2] Bilanz der laufenden Transfers.

Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

Tabelle A5

Einkommen und Konsum der privaten Haushalte

	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %				
Unselbstständig Beschäftigte	0,0	-0,1	0,7	0,7
Löhne je beschäftigter Person	3,8	2,3	2,8	2,6
Arbeitnehmerentgelt	3,8	2,2	3,5	3,3
Vermögenseinkommen	-18,2	9,5	4,7	3,1
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse	4,5	2,3	2,6	2,7
Beiträge zum Wachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens in Prozentpunkten				
Arbeitnehmerentgelt	3,3	2,0	3,1	2,9
Vermögenseinkommen	-1,5	0,6	0,3	0,2
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse	0,7	0,4	0,4	0,4
Nettotransfers abzüglich direkter Steuern[1]	-1,2	-0,5	-0,6	-0,8
Veränderung zum Vorjahr in %				
Verfügbares Haushaltseinkommen (nominell)	1,2	3,1	3,3	2,7
Konsumdeflator	2,7	3,4	2,4	2,1
Verfügbares Haushaltseinkommen (real)	-1,5	-0,3	0,9	0,6
Privater Konsum (real)	0,7	0,5	1,0	0,8
in % des verfügbaren Haushaltseinkommens				
Sparquote	10,0	8,9	8,8	8,6

[1] Negative Werte bedeuten eine Zunahme der (negativen) Nettotransfers abzüglich direkter Steuern, positive Werte eine Abnahme.

Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

Tabelle A6

Investitionen

	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %				
Bruttoanlageinvestitionen (real)	2,6	0,5	1,5	2,1
davon				
Ausrüstungsinvestitionen	9,9	2,7	1,5	2,2
Wohnbauinvestitionen	-5,2	-1,3	0,8	1,2
Tiefbau- und andere Investitionen	1,4	-1,6	0,6	1,5
Investitionen in Forschung und Entwicklung	2,4	1,2	2,9	3,0
Öffentliche Investitionen	0,8	6,5	0,8	-1,7
Private Investitionen	3,0	-0,8	1,7	2,9
Beiträge zum Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen				
in Prozentpunkten				
Ausrüstungsinvestitionen	3,2	0,9	0,5	0,8
Wohnbauinvestitionen	-1,1	-0,3	0,2	0,2
Tiefbau- und andere Investitionen	0,3	-0,3	0,1	0,3
Investitionen in Forschung und Entwicklung	0,6	0,3	0,8	0,8
Beiträge zum Wachstum des realen BIP				
in Prozentpunkten				
Bruttoanlageinvestitionen, insgesamt	0,6	0,1	0,4	0,5
Lagerveränderungen	0,6	0,0	0,0	0,0
in % des nominellen BIP				
Investitionsquote	23,8	24,1	24,3	24,5

Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

Tabelle A7

Arbeitsmarkt

Beschäftigung	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %				
Gesamtbeschäftigung (Personen)	0,0	0,1	0,7	0,6
Unselbstständig Beschäftigte (Personen)	0,0	-0,1	0,7	0,7
davon öffentlich Beschäftigte	1,3	0,5	0,4	0,3
Selbstständig Beschäftigte (Personen)	0,3	1,1	0,3	0,2
Geleistete Arbeitsstunden, insgesamt	0,6	-0,2	0,6	0,5
Unselbstständig Beschäftigte (Stunden)	0,6	-0,7	0,7	0,6
Selbstständig Beschäftigte (Stunden)	0,7	1,9	0,3	0,2
Arbeitskräfteangebot	0,5	0,0	0,5	0,4
Vorgemerkte Arbeitslose	5,8	-2,6	-0,9	0,0
Arbeitslosenquote				
in % des Arbeitskräfteangebots				
Gemäß Eurostat	5,7	5,6	5,4	5,2
Gemäß AMS	7,4	7,4	7,2	7,0

Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

Tabelle A8

Arbeitnehmerentgelte

	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %				
Bruttolohnsumme, nominell[1]	3,8	2,2	3,5	3,3
Konsumdeflator	2,7	3,4	2,4	2,1
Bruttolohnsumme, real	1,1	-1,2	1,1	1,1
Kollektivvertragslöhne[1]	3,9	2,3	2,7	2,4
Lohndrift	0,0	0,0	0,1	0,1
Arbeitnehmerentgelt pro beschäftigter Person				
Brutto[2], nominell	3,8	2,3	2,8	2,6
Brutto, real (Konsumdeflator)	1,1	-1,0	0,3	0,4
Netto[3], real (Konsumdeflator)	1,0	-1,4	-0,1	0,0
Arbeitnehmerentgelt je Stunde				
Brutto, nominell	3,2	2,9	2,8	2,6
Brutto, real (Konsumdeflator)	0,4	-0,5	0,4	0,5
in % des nominellen BIP				
Lohnquote	50,8	51,0	51,2	51,1

[1] Gesamtwirtschaft.
[2] Inklusive Dienstgeberbeiträgen.
[3] Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.
Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

Tabelle A9

Preise

HVPI und Komponenten	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %				
Gesamtindex	3,6	3,2	2,4	2,1
Nahrungsmittel	3,5	2,5	3,1	2,7
Unverarbeitete Nahrungsmittel	2,8	3,5	x	x
Verarbeitete Nahrungsmittel	3,7	2,2	x	x
Industriegüter ohne Energie	0,9	0,9	1,4	1,4
Energie	7,6	7,1	-1,0	-0,7
Elektrizität	37,7	-7,6	4,3	1,2
Gas	-6,1	8,0	5,4	-5,9
Flüssige Brennstoffe	-3,7	15,4	-1,2	-0,1
Dienstleistungen	4,5	4,2	3,2	2,7
HVPI ohne Energie	3,2	2,9	2,7	2,3
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	3,1	2,8	2,5	2,3
Deflatoren der VGR				
Deflator des privaten Konsums	2,7	3,4	2,4	2,1
Investitionsdeflator	2,4	2,9	2,5	2,1
Importdeflator	1,4	4,9	3,5	1,7
Exportdeflator	1,6	2,7	2,9	2,3
Terms-of-Trade	0,2	-2,0	-0,5	0,7
BIP-Deflator zu Faktorkosten	2,8	1,1	2,0	2,3

Anmerkung: x = keine Daten vorhanden. VGR = Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.
Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

Tabelle A10

Zerlegung der Prognoserevisionen seit März 2026

	BIP			HVPI		
	2026	2027	2028	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %, Prozentpunkte						
Prognose vom Juni 2026	0,6	1,1	1,2	2,8	2,3	2,1
Prognose vom März 2026	0,5	1,0	1,1	2,8	2,3	2,1
Differenz	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Verursacht durch:						
in Prozentpunkten						
Externe Annahmen	0,0	0,0	0,1	0,0	-0,2	0,1
Kurzfristprognose für Q2 26 und Q3 26	0,0	-0,1	0,0	x	x	x
Neue Daten[1]	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0
davon Revision historischer Daten bis Q4 25	0,1	-0,1	0,0	x	x	x
davon neue Daten für Q1 26		0,2	0,0	0,1	0,0	0,0
Sonstiges[2]	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,2	-0,1

[1] „Neue Daten“ bezieht sich auf gegenüber der letzten Prognose neu vorliegende Daten für das BIP-Wachstum bzw. die Inflation.

[2] Unterschiedliche Annahmen über die Entwicklung heimischer Variablen wie Löhne, öffentlicher Konsum, Effekte steuerlicher Maßnahmen, sonstige Änderungen der Einschätzung, Modelländerungen.

Anmerkung: x = nicht zutreffend

Quelle: OeNB-Prognosen vom Juni 2026 und März 2026.

Tabelle A11

Vergleich der aktuellen Wirtschaftsprognosen für Österreich

	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2026			April 2026		April 2026		Juni 2026		April 2026		Mai 2026	
Hauptergebnisse	2026	2027	2028	2026	2027	2026	2027	2026	2027	2026	2027	2026	2027
Veränderung zum Vorjahr in %													
BIP (real)	0,6	1,1	1,2	0,9	1,3	0,5	0,8	0,7	1,1	0,7	1,0	0,6	0,9
Privater Konsum (real)	0,5	1,0	0,8	0,5	0,6	0,5	0,7	0,9	1,0	x	x	0,5	0,7
Öffentlicher Konsum (real)	0,7	0,7	0,9	1,2	1,0	0,0	0,2	1,0	0,7	x	x	0,3	0,2
Bruttoanlageinvestitionen (real)	0,5	1,5	2,1	1,0	2,1	0,0	0,7	0,7	1,5	x	x	0,7	1,8
Exporte (real)	1,3	2,1	2,8	1,5	2,2	1,1	2,1	1,0	1,9	0,9	1,3	1,6	2,1
Importe (real)	1,5	2,2	2,8	1,0	2,0	1,0	2,2	1,4	1,7	0,8	1,3	1,5	2,0
Arbeitsproduktivität[1]	0,6	0,4	0,6	0,4	0,5	0,3	0,4	0,4	0,7	x	x	0,3	0,3
BIP-Deflator	1,3	2,0	2,3	2,2	2,2	2,3	2,0	2,5	1,6	2,3	2,6	2,1	2,9
HVPI	3,2	2,4	2,1	2,7	2,4	2,9	2,4	2,8	2,4	2,5	2,6	3,0	2,5
Lohnstückkosten	1,7	2,3	2,0	1,7	2,0	1,7	1,8	2,2	1,7	x	x	2,2	2,4
Beschäftigte[2]	0,1	0,7	0,6	0,5	0,8	0,2	0,4	0,0	0,2	0,2	0,3	0,3	0,6
in % des Arbeitskräfteangebots													
Arbeitslosenquote[3] gemäß Eurostat	5,6	5,4	5,2	5,8	5,5	5,7	5,6	5,8	5,6	5,7	5,6	5,7	5,6
in % des nominellen BIP													
Leistungsbilanz	1,2	1,9	2,3	1,5	1,4	x	x	1,4	0,9	0,4	0,7	0,7	1,3
Budgetsaldo (Maastricht)	-4,1	-3,9	–3,8	–4,1	–4,0	–4,2	–4,1	–4,0	–4,2	–4,2	–3,8	–4,1	–4,1
Prognoseannahmen													
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	96,9	82,2	77,1	88,0	76,0	92,5	80,7	91,8	80,2	82,2	76,0	91,2	78,2
Kurzfristiger Zinssatz in %	2,4	2,8	2,7	2,0	2,1	2,4	2,8	2,2	2,2	2,0	2,0	2,4	2,6
USD/EUR-Wechselkurs	1,2	1,2	1,17	1,16	1,16	1,15	1,16	1,18	1,18	1,18	x	1,17	1,17
Veränderung zum Vorjahr in %													
BIP real, Euroraum	0,8	1,2	1,5	1,0	1,3	0,8	1,1	0,8	1,2	1,1	1,2	0,9	1,2
BIP real, USA	2,1	1,8	1,9	2,3	2,1	1,8	1,8	2,0	1,8	2,3	2,1	2,2	2,1
BIP real, Welt	2,8	2,9	3,1	x	x	2,8	2,8	2,9	3,1	3,1	3,2	2,8	3,2
Welthandel[3]	3,5	3,3	3,4	x	x	0,2	2,0	3,1	2,9	2,8	3,8	2,0	3,1

[1] OeNB, WIFO: BIP je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, Europäische Kommission: BIP je beschäftigter Person.

[2] WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.

[3] IHS: Waren laut CPB.

Anmerkung: x = keine Daten vorhanden.

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF, Europäische Kommission.

Tabelle A12

Quartalsverlauf der Prognoseergebnisse

	2025	2026	2027	2028	2025				2026				2027				2028			
Preise, Löhne, Kosten					Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Veränderung zum Vorjahr in %																				
HVPI[1]	3,6	3,2	2,4	2,1	3,3	3,2	3,9	3,9	2,5	3,6	3,5	3,3	3,1	2,2	2,1	2,1	2,0	2,2	2,1	2,2
HVPI ohne Energie[1]	3,2	2,9	2,7	2,3	3,1	3,0	3,5	3,3	2,8	3,0	2,9	2,8	2,9	2,7	2,6	2,5	2,3	2,4	2,3	2,4
Deflator des privaten Konsums	2,7	3,4	2,4	2,1	2,4	2,2	3,0	3,3	2,6	3,8	3,4	3,8	3,3	2,2	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	2,4	2,9	2,5	2,1	2,2	2,3	2,5	2,4	2,4	2,9	3,1	3,3	3,3	2,6	2,1	1,9	1,9	2,0	2,1	2,3
BIP-Deflator	3,2	1,3	2,0	2,3	3,2	3,0	3,2	3,5	1,9	1,4	0,9	1,0	1,7	2,0	2,2	2,0	2,1	2,3	2,3	2,3
Lohnstückkosten	2,9	1,7	2,3	2,0	4,0	3,0	2,3	2,2	1,2	1,7	2,0	2,0	3,0	2,4	2,1	1,9	1,9	2,0	2,0	1,9
Löhne je beschäftigter Person, nominell	3,8	2,3	2,8	2,6	4,5	3,9	3,7	3,3	2,3	2,6	2,3	2,1	2,9	2,7	2,7	2,7	2,7	2,6	2,5	2,4
Produktivität	1,0	0,6	0,4	0,6	0,5	0,9	1,4	1,1	1,1	0,9	0,3	0,1	-0,1	0,3	0,7	0,8	0,8	0,6	0,5	0,5
Löhne pro beschäftigter Person, real	1,1	-1,0	0,3	0,4	2,1	1,6	0,7	0,0	-0,3	-1,2	-1,1	-1,6	-0,4	0,5	0,7	0,7	0,6	0,4	0,3	0,3
Importdeflator	1,4	4,9	3,5	1,7	2,9	0,9	0,8	0,9	1,1	5,2	6,8	6,5	6,7	3,6	2,1	1,7	1,6	1,6	1,7	1,8
Exportdeflator	1,6	2,7	2,9	2,3	2,5	1,3	1,1	1,3	1,3	2,3	3,5	3,8	3,9	3,1	2,6	2,2	2,2	2,4	2,4	2,3
Terms-of-Trade	0,2	-2,0	-0,5	0,7	-0,3	0,4	0,3	0,4	0,2	-2,7	-3,0	-2,5	-2,6	-0,4	0,5	0,5	0,7	0,8	0,7	0,5
Wirtschaftliche Aktivität																				
real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %																				
BIP	1,0	0,6	1,1	1,2	0,4	0,1	0,4	0,2	0,2	0,0	0,0	0,2	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Privater Konsum	0,7	0,5	1,0	0,8	-0,2	0,5	-0,6	0,4	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
Öffentlicher Konsum	2,5	0,7	0,7	0,9	0,1	0,6	0,8	-0,3	1,6	-1,8	0,1	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	2,6	0,5	1,5	2,1	0,9	1,6	1,0	-0,9	0,0	0,2	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,5
Exporte	1,5	1,3	2,1	2,8	1,8	1,0	1,3	0,9	-0,7	0,2	0,3	0,4	0,6	0,7	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Importe	2,0	1,5	2,2	2,8	0,9	1,7	0,7	0,9	-0,5	0,2	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,7	0,7
Beiträge zum Wachstum des realen BIP in Prozentpunkten																				
Inlandsnachfrage	0,7	0,1	0,5	0,5	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	-0,4	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Nettoexporte	0,4	0,2	0,4	0,6	0,5	0,0	0,6	0,4	-0,4	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Lagerveränderungen	-0,8	0,2	0,0	0,0	-0,6	0,0	-0,4	0,1	0,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Arbeitsmarkt																				
in % des Arbeitskräfteangebots																				
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,7	5,6	5,4	5,2	5,5	5,7	5,7	5,8	5,6	5,7	5,6	5,6	5,5	5,5	5,4	5,4	5,3	5,3	5,2	5,2
Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %																				
Gesamtbeschäftigung	0,0	0,1	0,7	0,6	0,1	0,0	-0,1	0,0	-0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
davon privater Sektor	-0,3	0,0	0,7	0,7	0,0	-0,1	-0,1	0,0	-0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Unselbstständig Beschäftigte	0,0	-0,1	0,7	0,7	0,1	-0,1	-0,2	-0,1	-0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Zusätzliche Variablen																				
real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %																				
Verfügbares Haushaltseinkommen	-1,5	-0,3	0,9	0,6	-2,5	-0,8	-0,2	2,1	-0,8	-1,1	0,1	0,3	0,4	0,4	0,3	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0
in % des realen BIP																				
Produktionslücke	-0,2	-0,2	0,1	0,4	-0,3	-0,3	-0,1	0,0	0,0	-0,2	-0,4	-0,4	-0,2	0,0	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5

[1] Sämtliche Variablen außer HVPI und HVPI ohne Energie saison- und arbeitstägig bereinigt.

Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2026.

© Oesterreichische Nationalbank, 2026. Alle Rechte vorbehalten.
Adresse: Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
Website: www.oenb.at

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Die in dieser Studie zum Ausdruck gebrachte Meinung gibt nicht notwendigerweise die Meinung der Oesterreichischen Nationalbank oder des Eurosystems wieder.

Die Autor:innen der OeNB verwenden grundsätzlich inklusive Sprache. Bei etablierten Fachwörtern und Wendungen, die (auch) juristische Personen bezeichnen, kann es jedoch fallweise vorkommen, dass aus Gründen der Klarheit und Lesbarkeit darauf verzichtet wird.

Datenschutzinformationen: www.oenb.at/datenschutz
ISSN 2960-5075 (online)